

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart

Franz Pöter
Referent für
Umweltschutz

Fon 0711 620306-16
franz.poeter@bund.net

29. 01. 2016

Stellungnahme zur Landesstrategie Ressourceneffizienz

Sehr geehrter Herr Bader,
sehr geehrte Damen und Herren

der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V.

bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu oben genanntem Verfahren.

Dieser Stellungnahme schließen sich der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) und

der Naturschutzbund Landesverband Baden-Württemberg e.V. (NABU) an.

Wir nehmen wie folgt Stellung:

Allgemeine Anmerkung

Der BUND begrüßt die Erstellung einer Landesstrategie Ressourceneffizienz durch das Land Baden-Württemberg. Diese fügt sich gut in den ordnungsrechtlichen Rahmen auf europäischer und Bundes-

ebene ein. Die Landesstrategie ist im Rahmen der Erstellung von ProgRess II ein wichtiger Schritt, mit

dem das Land Baden-Württemberg die in den nationalen und internationalen Programmen zur Ressourceneffizienz festgelegten Ziele unterstützen und zu ihrer Erreichung beitragen kann. Hierdurch

kann die Vorreiterrolle Baden-Württembergs nicht nur auf technologischer Seite ausgebaut werden.

Jedoch geht die Landesstrategie nach Auffassung des BUND nicht weit genug, was im Folgenden näher erläutert wird. Die Ziele der Landesstrategie benennen ganz klar einen schonenden Umgang mit Ressourcen, zu dem sich Baden-Württemberg bekennt. Dieses rückt in der weiterführenden Argumentation des Papiers leider immer weiter in den Hintergrund. Deshalb sind aus Sicht des BUND erhebliche Nachbesserungen in allen Ebenen des Entwurfs, in den Zielen, den Aktionsfeldern und den Maßnahmen nötig. So fehlen etwa an wichtigen Stellen eindeutige Aussagen zur Priorität von Abfallvermeidung und dem Umgang mit Ab-

fällen (Vorbereitung) zur direkten Wiederverwendung. Eine Überarbeitung ist auch erforderlich, damit die Landesstrategie Ressourceneffizienz des Landes Baden-Württemberg an ProgRess I und den derzeitigen Entwurf von ProgRess II anknüpfen kann. Hierzu verweisen wir auf die BUND Stellungnahme zum Entwurf von ProgRess II, zu finden unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/technischer_umweltschutz/150917_bund_technische_r_umweltschutz_ressourceneffizienzprogramm_stellungnahme.pdf

Zu Abschnitt B: Konzept / Ziele der Landesstrategie

Bereits zu Beginn des Entwurfs (Abschnitt A., S.5) wird konstatiert, dass „die effiziente Nutzung von Ressourcen“ „primär die Aufgabe der Wirtschaft“ sei. Aus Sicht des BUND muss dieser Satz gestrichen

werden, denn der Aussage wird direkt danach - völlig richtig - dargestellt, dass „Gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft“ einen Beitrag leisten können, die Nutzung von Rohstoffen so effizient wie möglich zu gestalten. Nach Ansicht des BUND reicht es nicht aus, in einer Landesstrategie „deutliche Impulse für eine Stärkung der Ressourceneffizienz in industriellen Prozessen

und verbesserter Rückgewinnung wertvoller Rohstoffe aus Abfällen“ (Abschnitt B., S.44) zu setzen, ohne

sich mit Potenzialen der Ressourcenschonung in den einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren auseinanderzusetzen.

Zu 7.1. Ziele der Landesstrategie (S. 45/46)

Die Zielformulierung der Landesstrategie zeigen bereits auf, dass das produzierende Gewerbe und die Wirtschaft Baden-Württembergs, nicht jedoch andere Wirtschaftszweige, Politik und Zivilgesellschaft

die Adressaten der Strategie sind. Eine Zielformulierung hin zur Ressourcenschonung des Landes Baden-Württemberg im Gesamten ist aus Sicht des BUND jedoch notwendig und würde stringenter auf die im Entwurf formulierte Absicht der Landesstrategie hinführen, nämlich ein Reduzierung des absoluten Ressourcenverbrauchs zu erzielen.

Das Ziel „Baden-Württemberg zum Leitmarkt und zum Leitanbieter von Ressourceneffizienztechnologien“

(Ziel 3, Seite 45) zu entwickeln, sollte aus Sicht des BUND kein eigenständiges, primäres Ziel sondern eher

ein Nebeneffekt einer Landesstrategie sein. Durch Maßnahmen, die das Ziel der Ressourcenschonung verfolgen, können diese Technologien ebenfalls gefördert werden.

Auch die vierte Zielformulierung „sichere Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen“ entspricht erst in weiterer Konsequenz einem Ziel zur Ressourceneffizienz bzw. zur Schonung von Ressourcen. Aus Sicht des BUND ist eine Umformulierung der Ziele notwendig, um den effizienteren Umgang mit Primärrohstoffen und die Erhöhung des Anteils an Sekundärrohstoffen in den Vordergrund der Zielformulierung zu rücken.

Zu 7.2. Aktionsfelder der Landesstrategie (S. 46ff)

Da die Landesstrategie als eines ihrer Ziele die Unterstützung der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – die Verdoppelung der Rohstoffproduktivität – nennt, sollten hier aus Sicht des BUND auch konkrete Instrumente und Aktionsfelder genannt werden. Die genannten Aktionsfelder sind wichtige Bausteine auf dem Weg zu einem ressourceneffizienten Land. Aus Sicht des BUND ist die Liste der Aktionsfelder leider unvollständig und sollte dringend im Hinblick auf die Ressourcenschonung erweitert werden, um einerseits die Ziele von ProgRess I umzusetzen und Baden-Württemberg andererseits eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet der Ressourceneffizienz zu verschaffen.

Da die Landesregierung sich in der Gestaltung von ProgRess II stark engagiert ist es aus Sicht des BUND unverständlich, warum nicht die im dortigen Entwurf vorhandene Fülle von Handlungs- und Aktionsfeldern übernommen wurde, die in allen Bereiche von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ansetzt und Ressourceneffizienz korrekterweise als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgreift.

Zu 7.4. Fokus der Landesstrategie (S. 51ff)

Die Fokussierung auf die natürlichen abiotischen und stofflich genutzten biotischen Rohstoffe wird leider nur auf Erze und Industriemineralien reduziert, was aus Sicht des BUND einen zu eng gelegten Fokus darstellt. So wird zwar darauf hingewiesen, dass die in Baden-Württemberg erreichte Steigerung der Rohstoffproduktivität bisher auf einen geringeren Einsatz von Baumineralien zurückzuführen ist, dennoch ist es unabdingbar, den mengenmäßig größten Posten der Rohstoffentnahme und -nutzung im Fokus einer Landesstrategie Ressourceneffizienz zu belassen. Der BUND begrüßt hier aber den Stellenwert des „Urban Mining“, um Stoffkreisläufe zu schließen und damit direkt Primärrohstoffe zu schonen.

Die Fokussierung auf die industrielle Produktion stellt nach Sicht des BUND eine wesentliche Einschränkung und auch einen zentralen Kritikpunkt dar. Eine Landesstrategie, die an nationale volkswirtschaftliche Ziele anknüpfen möchte, kann nicht auf nur einen Bereich der Volkswirtschaft fokussieren und dabei alle anderen Bereiche ausklammern, die einen teilweise wesentlicheren Beitrag zur Erreichung des nationalen Ziels innehaben, wie z.B. der Bausektor. Die Landesstrategie vergibt somit die Chance, eine solche zu sein und erweckt eher den Eindruck eines Papiers zur landesweiten Wirtschaftsförderung.

Die Fokussierung auf die Effizienz als strategisches Mittel der Wahl ist nach Ansicht des BUND ebenfalls zu kurz gegriffen. Der BUND begrüßt die Realisierung der Risiken von Rebound-Effekten und das Bekenntnis zur langfristigen Ressourcenschonung, sieht jedoch zur Erreichung dieses Ziels nur einen Schulterschluss der Strategien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz als zielführend an. Gerade letztere komplett aus der Strategie auszuklammern widerspricht der Idee des Ressourcenschutzes, denn ein suffizienter Konsum führt direkt zu einer Reduzierung des

Ressourcenverbrauches. Hier greift auch die oben bereits erwähnte Kritik an der Fokussierung auf die industrielle Produktion, denn eine Landesstrategie sollte einen volkswirtschaftlichen Blick besitzen. Dieser schließt auch den Konsum mit ein, sowohl den privaten als auch den öffentlichen.

Dass im Konsumbereich ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden muss ist nicht nur eine langjährige Forderung des BUND, sondern auch der Entwurf von ProgRess II nimmt diese Gedanken auf (siehe dort Leitidee 4 und Kapitel 7.3.4). Die Gleichsetzung der Begriffe „Suffizienz“ und „Verzicht“ wird vom BUND als nicht korrekt angesehen, denn ein Umdenken im Konsum hin zu einem suffizienteren Lebensstil hat mit Verzicht wenig zu tun.

Zu Abschnitt C Aktionsfelder und Maßnahmen

Die im Entwurf der Landesstrategie aufgeführten Aktionsfelder werden mit unterschiedlichen Maßnahmen unterfüttert. Diese sind nach unserer Einschätzung mit unterschiedlichen Erfolgsaussichten belegt. Da bereits die Liste der Aktionsfelder nach Ansicht des BUND unvollständig ist, werden im Folgenden jeweils konkrete Verbesserungsvorschläge eingefügt.

Aktionsfeld „Innovation und Technologieentwicklung“ (S. 54ff)

Die 13 hier aufgeführten Maßnahmen weisen alle in eine zielführende Richtung, tragen aber aus Sicht des BUND in sehr unterschiedlichem Maße zu einer tatsächlich messbaren Steigerung der Ressourceneffizienz und einer absoluten Ressourcenschonung bei. So wird der Effekt der Maßnahmen 2 „Ultraeffizienzfabrik im urbanen Umfeld“, 3 „Erforschung v Eco-Industrial Parks“, 5 (S. 61) „Erforschung additiver Fertigungs-verfahren“, 6 „Potenzial- und Risikoanalyse innovativer biologischer Verfahren und Prozesse“, 7 „Innovationsplattform“, 9 „Technologischer Ressourcenschutz“, 11 „Ideenwettbewerb delta-r“ auf die Ressourcenschonung des Landes Baden-Württemberg als eher gering angesehen.

Innerhalb des Aktionsfeldes „Innovation und Technologieentwicklung“ stellen die Maßnahmen 4 „Untersuchung von Zielkonflikten“, 5 (Seite 62) „Potenziale des Leichtbaus“ und 8 „Kooperation zwischen Wirtschaft und Forschung“ aus Sicht des BUND die zentralen Maßnahmen dar, denn diese zielen auf die Gesamtbetrachtung des Problemfeldes „Ressourceneffizienz“ ab. Die dem Entwurf zur Landesstrategie zugrunde liegende Studie „Wirtschaftliche und technologische Perspektiven der baden-württembergischen Landespolitik bis 2020“ weist den Automobilsektor als den zentralen Innovationstreiber für die wirtschaft-liche Entwicklung in Baden-Württemberg aus. Gerade deshalb sollte hier die Gesamtbetrachtung der Ressourceneffizienz zum Tragen kommen. Ergänzend hierzu ist es aus Sicht des BUND notwendig, nachhaltiger und ressourcenschonendere Mobilitätskonzepte mitzudenken.

Die vertiefte Berücksichtigung der BilRess-Studie sowie die Aufnahme des Themas in die Aus- und Weiterbildung (Maßnahme 10) ist aus Sicht des BUND der richtige Weg. Dieser hängt direkt mit Maßnahme 1 „Prüfung der Weiterentwicklung der Wissensbasis und des Wissenstransfers Ressourceneffizienz“ zusammen. Eine ebenso zentrale Maßnahme ist nach Ansicht des BUND die Maßnahme 12 „Weiter-entwicklung von Bewertungs- und Analysemethoden“. Diese sollte jedoch in das Aktionsfeld „Indikatoren, Mess- und Kenngrößen“ verschoben werden. Dort sind aus Sicht des BUND sämtliche Messgrößen, ob auf betrieblicher oder auf volkswirtschaftlicher Ebene, zu bündeln.

Aktionsfeld „Material- und Energieeffizienz in Unternehmen“ (S. 69ff)

Da eine Einsparung von Material und Energie innerhalb eines Unternehmens immer auch einen positiven ökonomischen Effekt hat, ist dieses Aktionsfeld insgesamt leichter durch Austausch- und Fördermaßnahmen zu bedienen. Sämtliche in diesem Aktionsfeld vorgeschlagenen Maßnahmen tragen alle in gewisser Weise zu einer Effizienzsteigerung innerhalb der Unternehmen bei. Die Wirkung auf die Rohstoffeffizienz des

Landes Baden-Württemberg ist aus Sicht des BUND fraglich, da gerade im Bereich der Unternehmen durch den intrinsischen Wachstumswillen Rebound-Effekte zu erwarten sind. Diese führen auf volkswirtschaftlicher Ebene zu einer Erhöhung des Ressourceneinsatzes und somit zu einer Abschwächung des gewünschten Effektes der Steigerung der Ressourceneffizienz Baden-Württembergs. Somit sollte das Aktionsfeld „Material- und Energieeffizienz in Unternehmen“ im Hinblick auf volkswirtschaftliche Aspekte der Ressourcenschonung überarbeitet werden.

Aktionsfeld „Nachhaltige Rohstoffgewinnung und sichere Rohstoffversorgung der Wirtschaft“ (S. 77 ff)

In diesem Aktionsfeld besteht aus Sicht des BUND im Hinblick auf die Maßnahmen Nachbesserungsbedarf.

Die Maßnahmen 20 „stärkere Verbreitung der Informationsangebote der DERA“ und 21 „Austausch über ökologische und soziale Risiken der Rohstoffbeschaffung“ sollten Teil des Aus- und Weiterbildungsangebotes in Unternehmen sein und mit den dort bestehenden Maßnahmen ein neues Aktionsfeld „Bildung für Ressourceneffizienz“ darstellen, welches im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Diskussion auch um weitere Maßnahmen ergänzt werden muss. Hier sind Maßnahmen zur Förderung der Verbraucherinformation zur Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit von Produkten, Förderung gemeinschaftlichen Konsums, Förderung von gesamtgesellschaftlichen Diskursen zu ressourcensparenden Lebensentwürfen, Förderung von Informationskampagnen zu Wegwerfprodukten, Förderung von Informationen zur Kreislauffähigkeit von Produkten, um nur einige Beispiele zu nennen, vorstellbar.

Die Rohstoffsicherung als rein ökonomisches Ziel sollte in einer Landesstrategie zur Ressourceneffizienz nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Punkt 10.2 „Nachhaltigkeit in der Rohstoffkette“ sollte aus Sicht des BUND dringend umformuliert werden. Die Konflikträchtigkeit einiger Mineralien mit den „Image-problemen“ bei deren Einsatz zu erklären sollte nicht die Sichtweise einer global verantwortungsvoll handelnden Landesregierung darstellen. Die daraus resultierende Maßnahme 21 „Austausch über ökologische und soziale Risiken der Rohstoffbeschaffung“ ist aus Sicht des BUND wenig greifbar und sollte dringend konkretisiert werden.

Maßnahme 19 „Baden-Württemberg wird die Gewinnung und Nutzung einheimischer Rohstoffe unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und einer sicheren Versorgung weiter entwickeln und das Rohstoffsicherungskonzept des Landes Baden-Württemberg fortschreiben“. Durch die Erschließung und Nutzung vor allem qualitativ hochwertiger Lagerstätten sollen Flächeninanspruchnahme und Energieverbrauch reduziert werden.“ Nachhaltige Gewinnung und Nutzung einheimischer Rohstoffe stellt somit einen zentralen Punkt einer Landesstrategie zur Ressourceneffizienz dar. Hier greift die bereits angeführte Kritik an der Fokussierung auf metallische Rohstoffe erneut, denn auch die Gewinnung mineralischer Rohstoffe sollte aus Sicht des BUND auf einer nachhaltigen und sicheren Basis stehen. Außerdem scheint hier die „Nachhaltigkeit“ im rein wirtschaftlichen Sinne von „sicherer Versorgung“ und nicht etwa „sparsamer, dauerhaft-umweltverträglicher Nutzung“ verwendet worden zu sein, was völlig zu kurz greifen würde.

Das Ziel der Landesregierung muss eine möglichst flächenschonende und umweltverträgliche Rohstoffgewinnung, hier insbesondere Kies & Sand, sein. Dies ist ohne zwingende

Berücksichtigung der Restmengen in den Konzessionsflächen nicht zu erreichen. Diese vorhandenen Restmengen müssen in die Gesamtberechnung der Bedarfsermittlung einfließen, was in geeigneter Form verbindlich vorzuschreiben ist. Der Flächenverbrauch durch Neuerschließung von Abbaustätten würde sich dadurch ganz erheblich verringern, ohne die Volumenströme zu verkleinern.

Bei der Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzeptes wie auch der Regionalpläne sind daher die Restmengen in den bereits genehmigten und in Abbau befindlichen Konzessionsflächen zu berücksichtigen. Es ist z.B. nicht nachvollziehbar, dass bei der Fortschreibung z.B. des Regionalplanes Südlicher Oberrhein über 1000 ha Flächen für die Rohstoffgewinnung Kies & Sand neu ausgewiesen werden, obwohl in den in Abbau befindlichen bereits genehmigten Konzessionsflächen Restmengen für mindestens weitere 16 Jahre vorhanden sind.

Den Maßnahmenteil 19 „Durch die Erschließung und Nutzung vor allem qualitativ hochwertiger Lagerstätten sollen Flächeninanspruchnahme und Energieverbrauch reduziert werden“, bitten wir daher auch kritisch zu überprüfen: Die qualitativ hochwertigen Lagerstätten dürften längst ausgebeutet sein, ein Einspareffekt von Fläche oder Energie kaum erreichbar. Wir fürchten, dass obige Restmengen in den Konzessionen „Auf Lager“ gehalten werden, um politisch neue vermeintlich effektivere Lagerstätten ausbeuten zu können.

Aktionsfeld „Sekundärrohstoffe nutzen und Kreislaufwirtschaft stärken“ (S.82 ff)

Der Entwurf nennt in der Statusermittlung „die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe aus Abfallströmen“ sowie eine „stärkere Berücksichtigung von Ressourceneffizienzgesichtspunkten bei der Produktgestaltung“ als die neuen Herausforderungen der Kreislaufwirtschaft. Grundsätzlich ist dem zuzustimmen, nur sollten darüber die Optimierung des Umgangs mit den bestehenden Massenströmen keinesfalls außer Acht gelassen werden. Hier fehlen aus Sicht des BUND konkrete Maßnahmen, die in der Landesstrategie verankert werden müssten, um die im Entwurf gewünschte Anhebung der Recyclingziele zu fördern und somit einer Realisierung näher bringen. So weisen vier der sechs Maßnahmen in diesem Aktionsfeld auf ein Recycling „kritischer“ Rohstoffe hin (Maßnahmen 22, 23, 24, 25), eine tatsächliche Stärkung der Kreislaufwirtschaft, die im Sinne der Förderung der Ressourceneffizienz aus Sicht des BUND zwingend notwendig ist, fehlt jedoch völlig. Begrüßenswert ist in diesem Aktionsfeld die Maßnahme 27 „Recycling von Kompositmaterialien im Baubereich“, da im Rahmen der Erreichung der Klimaschutzziele Sanieren im Bestand einen wichtigen Faktor im Bereich der Bauwirtschaft ausmacht, der von Beginn an unter Recyclingaspekten betrachtet werden sollte.

Der BUND begrüßt das Engagement Baden-Württembergs in der ressourceneffizienten Produktgestaltung durch Maßnahme 26 „Weiterentwicklung der Ökodesign- Richtlinie“, fordert aber eine differenziertere Maßnahmengestaltung zu diesem Thema. Der Entwurf nennt

beispielsweise Herausforderungen in der Definition der „Ökoeffizienz“ von Produkten, leider entstehen daraus keine konkreten Maßnahmen, die zur Lösung der bestehenden Herausforderungen führen können. Hier fehlt der Hinweis auf bereits laufende Forschungsprojekte zu dem Thema sowie eine mögliche Förderung der Forschung und vor allem des Aus-tausches Interessierter auf diesem Gebiet.

Aus Sicht des BUND müssen in diesem Aktionsfeld aber auch Maßnahmen zur Abfallvermeidung aufge- führt werden, denn die Weiternutzung, Wiederbenutzung oder teilweise Weiternutzung sowie der Verzicht auf Wegwerfprodukte tragen in hohem Maße zur Kreislaufwirtschaft und somit zur erhöhten Ressourcen-effizienz bei. Das oberste Ziel muss die Abfallvermeidung sein. Zudem muss eine möglichst schonende Erfassung von Abfällen erfolgen, so dass diese möglichst weiter verwendet bzw. Wiederverwendet werden können. Beispielhaft ist die Erfassung von Elektro-Abfällen, die ähnlich auch für Möbel, Bauteile bei Abbrucharbeiten u. ä. übertragen werden könnte.

Die bisherige Recyclingquote bei Altpapier, Kunststoffen und Metallen (Aluminium, Stahlschrott, etc.)

ist in Anbetracht der ökologischen Krisen immer noch unzureichend und erfordert Anpassungen in der Abfallwirtschaftspolitik auch in Baden-Württemberg. Neben der Rückgewinnung kritischer Rohstoffe

muss die deutliche Verringerung der Massenströme und damit Einsparung großer Mengen an Energie

und Rohstoffen viel deutlicher als Ziele der Landesstrategie Ressourceneffizienz benannt und durch Maßnahmen unterlegt werden.

Die Verbrennung von Müll – beschönigend als thermische Verwertung bezeichnet – ist aus unserer

Sicht nur noch für solche Reststoffe vertretbar, die nicht mehr anders behandelt werden können. Ansonsten ist die Verbrennung keine Verwertung, sondern eine Verschwendung von (Produktions-)Energie. Statt weiterhin auf die Verbrennung zu setzen, braucht es neue Ansätze und Vorgehensweisen (s.o.)

um Weiternutzung und eine echte Kreislaufwirtschaft zu erreichen.

Die Maßnahmen 22 „Abfallverbringungskontrollen ausweiten“ und 25 „Verwertung von Schlämmen

und Aschen“ haben aus Sicht des BUND kaum Wirkung auf die Ressourceneffizienz des Landes Baden-Württemberg. Maßnahme 23 „Demontagefabrik im urbanen Umfeld“ weist wieder einen zu industriellen

Fokus auf. Aus Sicht des BUND muss diese Maßnahme um Aspekte der Sammlung und Erfassung erweitert werden, da nur so auch auf die in den in Gebrauch befindlichen Gütern zurückgegriffen werden kann. Aufgenommen werden sollte zudem die sich daraus ergebene Chance, Bauteile als Ersatzteile wieder

zu verwenden. Diese zusätzlichen Maßnahmen können ebenfalls gut in das Aktionsfeld „Bildung für Ressourceneffizienz“ integriert werden. Maßnahme 24 „Phosphor-Strategie weiterentwickeln“ ist aus

Sicht des BUND zielführend. Insbesondere braucht es ein Verbot der Mitverbrennung von Klärschlämmen

in Müllverbrennungsanlagen und Zementwerken, um die dissipativen Verlusten von Phosphor aus Klärschlamm (S. 89) effektiv zu vermeiden.

Aktionsfeld “Indikatoren, Mess- und Kenngrößen“ (S. 95ff)

Der BUND begrüßt die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur möglichen Einführung von Input/Output-Tabellen zur Erfassung landesweiter Güterströme im Sinne der umweltökonomischen Gesamtrechnung. Hierdurch wird die Anschlussfähigkeit an die in ProgRess vorgeschlagenen Indikatoren gewährleistet,

und der Beitrag des Landes Baden-Württemberg am Nachhaltigkeitsindikator Rohstoffproduktivität

kann aufgezeigt werden. Da diese Indikatoren alle auf volkswirtschaftlicher Ebene erfasst werden,

ist es zwingend notwendig, die Landesstrategie im nächsten Entwurf um andere volkswirtschaftliche

Bereiche zu erweitern, deren Beitrag zur volkswirtschaftlichen Ressourceneffizienz teils höher sind als die des produzierenden Gewerbes.

Gerade die Bereiche Konsum und Bauwirtschaft nehmen hier aus Sicht des BUND eine zentrale Rolle ein, die im jetzigen Entwurf der Landesstrategie keine Berücksichtigung finden. Da sich in einer Analyse der Messgrößen der Erfolg der Landesstrategie widerspiegelt, wird das jetzige Konzept keine oder nur mäßige Erfolge hervorbringen, denn der Entwurf zielt verstärkt darauf ab, den Zähler des Indikators (das BIP) zu steigern, den Nenner (eingesetzte Menge Rohstoffe) jedoch weitgehend vernachlässigt. Eine Reduktion der eingesetzten Rohstoffmenge sollte nach Ansicht des BUND primäres Ziel einer Landesstrategie Ressourceneffizienz sein, da dieses sich auch bei einem gesellschaftlichen Umdenken weg von der reinen Wachstumslehre und der damit verbundenen stetigen Steigerung des BIP zu einer Steigerung der Ressourceneffizienz führt und weitere positive Effekte auf Umwelt und Gesellschaft mit sich bringt. (siehe hierzu auch Stellungnahme des BUND zum Entwurf ProgRess II und die angehängte Hintergrundbroschüre „Ressourcenschutz ist mehr als Ressourceneffizienz“)

Maßnahme 28 „ Erhebung von Güterströmen über Input- /Output-Tabellen“ ist aus Sicht des BUND

einer der wichtigsten Schritte, um gerade das zweite Ziel der Strategie „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie unterstützen“ angehen zu können.

Ebenfalls positiv sieht der BUND die Ausweisung weiterer Kenngrößen innerhalb der Landesstrategie (Maßnahme 29). Neben einer Kenngröße für das Recycling kritischer Rohstoffe wären jedoch Kenngrößen

zu weiteren Aspekten der Kreislaufwirtschaft sinnvoll. Aus Sicht des BUND gehören hier als zusätzlich Maßnahmen die Ausweisung von Recyclingkenngrößen anderer Stoffströme zu einer Erweiterung, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern und deren Ausgestaltung konkreter beurteilen zu können.

Zwingend notwendig aus Sicht des BUND ist die Ausweisung der Kenngröße

„Ressourcenverbrauch pro

Kopf“ die sich aus den Input/Output-Tabellen der umweltökonomischen Gesamtrechnung darstellen lässt.

Hier lässt sich die zu Beginn des Entwurfes genannte Absicht der Ressourcenschonung absolut darstellen. Dieses Vorgehen würde die Teilerfolge einer Landesstrategie transparenter machen, denn es wäre auf den ersten Blick ersichtlich, ob eine Steigerung der Ressourceneffizienz an der Steigerung des BIP oder der Verringerung des Ressourceneinsatzes liegt.

Die genannten und vom BUND vorgeschlagenen Kenngrößen sollten jeweils sowohl auf volkswirtschaft-

licher als auch auf betrieblicher Ebene entwickelt werden, damit eine direkte Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit der Kenngrößen gegeben ist. Dies fördert die Motivation der Betriebe, einerseits den Wettbewerbsgedanken zur Steigerung der Ressourceneffizienz anhand konkreter Zahlen voranzutreiben, andererseits können Rebound-Effekte schneller erkannt, lokalisiert und somit verhindert werden.

Fazit

Mit der Landesstrategie Ressourceneffizienz setzt die Landesregierung ein wichtiges Signal für einen nachhaltigen Umgang mit begrenzten Ressourcen. Der Entwurf sollte dringend so weiter entwickelt

werden, dass sowohl der Ansatz der Abfallvermeidung und Wiederverwertung stärker betont wird als

auch die Anschlussfähigkeit der Landesstrategie auch auf inhaltlicher Ebene an die Nationalen Programme

zur Ressourceneffizienz besteht. Notwendig sind zudem die Überarbeitung der Ziele und die zielgerichtete Konkretisierung der einzelnen Maßnahmen, auf deren Basis letztlich der Erfolg der Strategie gemessen

werden wird. Auch wenn im Bereich der Ressourceneffizienz manche wirksamen Maßnahmen schwer

messbar sind, ist dies für eine Evaluierung des Erfolgs nötig.

Als Teil der Stellungnahme fügen wir das BUND-Hintergrundpapier „[Ressourcenschutz ist mehr als Rohstoffeffizienz](#)“, sowie die aktualisierte Stellungnahme des BUND zu ProgRess II bei, welche die

Position des BUND zu diesem Thema nochmal ausführlich darlegt.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Pöter
Referent für Umweltschutz